

Dorsten, 29.11.2017

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

die chronische strukturelle Unterfinanzierung von Städten und Gemeinden ist nach wie vor das Damoklesschwert der städtischen Haushalte. Trotz historisch niedriger Zinsen, steigender Steuereinnahmen und Stärkungspakt-Mitteln ist keine Trendwende in Sicht. 90 % der Kommunen schaffen keinen strukturellen Haushaltsausgleich. Wir bewegen uns also nach wie vor auf ganz dünnem Eis. Würde sich nur eine Stellschraube ändern, wie zum Beispiel der Zinsfuß (zur Zeit rettet das Zinstief den Haushalt), oder es träte eine Verschlechterung der Gewerbesteuererinnahmen ein oder es gäbe eine deutliche Lohnerhöhung, brächen wir dramatisch ein. Selbst das GPA, die Kennzahl-Fetischisten, kommen in ihrem Bericht zu dem Schluss, dass nur noch sehr wenig Spielraum besteht, weitere Einsparungen vorzunehmen. 98 % des Sanierungsplanes seien erfüllt. Um künftigen Risiken vorzubeugen, seien weitere Anpassungsmaßnahmen jedoch notwendig. Gut gebrüllt, Löwe! Oder vielleicht besser Papiertiger! So stellt das GPA fest, es gäbe 8 Sporthallen bzw. Schulsportstätten zu viel. Ja, wollen wir denn einem Hallentourismus für Kinder frönen? Zudem wird vorgeschlagen, weitere Spielflächen und Grünanlagen aufzugeben etc. Sehr kreativ!

Und es drohen weitere Aufgabenzuwächse durch Bund und Land und das, obwohl das Konnexitätsprinzip noch immer löchrig wie ein Schweizer Käse ist.

Die Beendigung dieser chronischen strukturellen Unterfinanzierung von Städten und Gemeinden ist also das Gebot der Stunde. Sie ist mehr als überfällig und entscheidend für die Wiederherstellung der ausgehöhlten kommunalen Selbstverwaltung. Auch wenn Bund und Land in den vergangenen Jahren einige Schritte in die richtige Richtung gegangen sind (Grundsicherung, Verbesserung durch Entlastung bei der Wiedereingliederung im Zuge des Bundesteilhabegesetzes, Investitionsförderprogramme wie „Gute Schule 2020“ etc.), haben

tatsächlich nur die schon eingangs erwähnten temporären günstigen Rahmenbedingungen den Haushalt gerettet.

Bevor ich zu den konkreten neuralgischen Punkten vor Ort komme, will ich allerdings auch die positiven Entwicklungen oder Aspekte kurz anreißen:

Immerhin sind inzwischen 99 % der HSP-Maßnahmen umgesetzt. Es gibt keine weiteren Einkürzungen in den Bereichen Soziales, Bildung und Kultur. Musikschule und Stadtbibliothek sind gesichert. Bezüglich Letztgenannter haben wir gemeinsam eine Neuausrichtung im Sinne von Modernisierung auf den Weg gebracht. Das LEO hat sich etabliert und wird sicher auf Dauer eine zentrale Anlaufstelle sozialer Kommunikation insbesondere der jugendlichen Altersgruppen sein. Das ehrenamtliche Engagement in Dorsten ist außerordentlich, ein Pfund, mit dem wir wuchern können und was weiterhin jede mögliche Unterstützung erfahren sollte.

Die Bürger werden zunehmend stärker in die Planungsprozesse der Stadtentwicklung einbezogen, wie von der SPD-Ratsfraktion lange gefordert. Paradebeispiel für eine Stadtteilkonferenz mit entsprechendem Quartiersmanagement ist zur Zeit die Marienviertel-Initiative, wo Bürger mithelfen, 08/15-Bebauungspläne zu verhindern und sich an einer qualitativen Entwicklung des Bestandes in dieser Stadtteilkonferenz beteiligen.

Mit Blick auf den Personalhaushalt ist auf Initiative der SPD-Fraktion 2017 ein Ingenieur im Amt 66 (Tiefbau) eingestellt worden und für das Amt 61 (Planung und Umwelt) ist in 2018 eine weitere Stelle vorgesehen. Auf Initiative der SPD ist auch ein betriebliches Gesundheitsmanagement auf den Weg gebracht worden. Die Frage etwaiger Personalaufstockung wird durch ein Gutachten geklärt. Darüber hinaus bietet die Verwaltung auch in 2018 wieder 21 Ausbildungsplätze an. Eine erfreuliche Nachricht für unsere jungen Leute, aber eben auch eine zwingende Notwendigkeit im Hinblick auf den immer enger werdenden Kampf um die guten Nachwuchskräfte!

Diese Auflistung ist sicher nicht vollständig, aber unter den gegebenen schwierigen Bedingungen liegt der Schwerpunkt meiner Ausführungen darauf, erneut die neuralgischen Punkte sowie entsprechende Lösungsmöglichkeiten in den Blick zu nehmen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Personalrat weist in seiner Stellungnahme zum Stellenplan 2018 zu Recht darauf hin, dass über die Jahre in Bezug auf Sparmaßnahmen zu einseitig bzw. zu intensiv in Richtung Personalabbau gedacht und gehandelt wurde, mit dem bekannten Ergebnis dauerhafter Arbeitsüberlastung in verschiedenen Ämtern und Abteilungen. Für die auch schon von mir weiter oben angesprochenen wenigen zusätzlichen Stellen und Verbesserungen im Gesundheitsschutz bedankt sich der Personalrat, da diese sich zumindest punktuell positiv auf die hohe Belastungssituation von Beschäftigten ausgewirkt hätten. Er stellte aber auch fest, dass nach wie vor gerade im Bereich Personal großer Handlungsbedarf bestehe und deshalb gerade hier verantwortlich weiter „nachjustiert“ werden müsse. Ich unterstreiche ausdrücklich das Resümee, dass der „viel zu einseitig ausgerichtete und kurz gedachte Sparkurs endlich beendet und korrigiert werden muss“.

Zum Sanierungsstau: Schon in meiner Haushaltsrede 2015 habe ich einen „Sanierungsstau ohnegleichen (130 Milliarden), beginnend auf der Bundesebene und endend auf der kommunalen Ebene (Straßen, Brücken, Schulgebäude und deren Ausstattung usw.)“, thematisiert. Laut Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, beträgt der Investitionsrückstand allein in den Kommunen inzwischen 126 Milliarden Euro, vor allem für notwendige Investitionen in Schulen, Straßen und öffentliche Gebäude. Dieser dramatische Substanzverzehr durch Unterlassung zeigt sich in Dorsten in den 200 Objekten in der Immobilienverwaltung, insbesondere bei Schulen, die unter defekten Dächern, Fenstern und Türen, Kellern und Fassaden leiden. Auch die Schulhöfe sind teilweise sehr vernachlässigt worden. Hier würden ca. 151 Mio. € benötigt und der Investitionsbedarf bei Straßen, Wegen und Brücken etc. beträgt ca. 55 Mio. €; der Unterhaltsbedarf pro Jahr ca. 5 Mio. €. Ein Hauptproblem neben der Finanzierung wird zudem sein, dass längst nicht alle notwendigen Investitionen in absehbarer Zeit „verbaut“ werden könnten, da diesbezügliche Fachfirmen zur Zeit, möglicherweise auch über einen längeren Zeitraum hin ausgebucht sind.

Gleichwohl gilt es, eine investive Strategie zu entwickeln, wobei wir auch auf Fördermittel zurückgreifen können, außer für Straßen und Brücken, für die es gar keine Förderprogramme gibt. Ein erster Schritt zur Aufarbeitung des gigantischen Sanierungsstaus wäre der jetzt vorgesehene Bauzustandsbericht. Dieser würde zumindest Aktivitäten auf „Zuruf“ und Lobbyismus vorbeugen. Der Abbau des Instandhaltungsstaus ist wohl bis 2021 nur in

kleineren Schritten möglich. Erstaunlich ist allerdings, dass CDU und Verwaltung diese Dramatik erst im Sommer 2017 erkannt haben.

Hinsichtlich des Kapitels Schulen muss im Übrigen festgestellt werden, dass der Umzug der Agatha-Schule zum Nonnenkamp ein schwerer Fehler war. Dass ein großer Stadtteil, wie die Altstadt, zukünftig ohne Grundschule dasteht, ist eine gesellschaftliche Entkernung, die sich später rächen wird.

Der vom GPA festgestellte Raumüberhang im Bereich Grundschulen ist mit Blick auf die wachsende Ganztagsbetreuung und den damit verbundenen Notwendigkeiten eine Fehleinschätzung, zumal auch mit Blick auf die Flüchtlingskinder die Schülerzahlen schon wieder steigen.

Im Übrigen ist es ein absolutes Armutszeugnis, wie ich schon mehrfach festgestellt habe, dass es in der reichen Bundesrepublik noch immer Klassen mit dreißig oder mehr Schülern gibt. Das nenne ich Käfighaltung.

Dass es trotz dieser Tatsache und der insgesamt defizitären personellen und materiellen Ausstattung bei den Schulen Quoten von mehr als 30% Einser-Abiturienten gibt, ist nicht ein Zeichen der Qualität der Schule, sondern beruht schlicht auf Senkung des Anforderungsniveaus bei der Vergabe von sehr guten Noten.

Dass die Soziallasten seit Jahrzehnten in NRW auf die Bürger abgewälzt werden, ist nichts Neues, dass allerdings die neue schwarz-gelbe Landesregierung die Schulsozialarbeit auslaufen lassen will, schadet auch den Dorstener Schulen.

An dieser Stelle ist der Kreis zu loben, der trotzdem eine Entfristung (dauerhafte Einstellung) von Schulsozialleiterstellen beschlossen hat. Der Halterner und der Dorstener Bürgermeister sind in diesem Punkt mit ihrer Kritik auf dem Holzweg.

Dass die neue schwarz-gelbe Landesregierung die Integrationspauschale, deren 1:1-Finanzierung sie von der Vorgänger-Regierung vehement eingefordert hat, jetzt selbst nicht weitergibt, schadet Dorsten und ist skandalös. Dass Schwarz-Gelb das Sozialticket streichen will und die Kommunen auffordert, in die Bresche zu springen, ist ein Treppenwitz und schadet der ÖPNV-Förderung. Das Zurückrudern des Ministerpräsidenten in dieser Frage ist nur halbherzig, wenn es dabei bleibt, zunächst nur für das Jahr 2018 auf eine Kürzung der Mittel zu verzichten. Dass auch Dorsten mit der Krankenhausumlage belastet wird, ist ungerecht.

Dass die neue Landesregierung in Sachen Inklusion eine Korrektur vornimmt, ist dagegen nachvollziehbar.

Hinsichtlich der Jugendhäuser hat das Land die Zuschüsse seit 20 Jahren nicht erhöht und gefährdet damit die Jugendarbeit – auch in der Stadt Dorsten. Konkret sind die Häuser Rottmannshof und Olbergstraße durch fehlende Mittel in Höhe von ca. 30.000,00 € in ihrer Existenz gefährdet. Übergangsweise sollen 20 Mitarbeiterstunden gestrichen werden. Das ist „Sparen am falschen Ende“. Die Welt von Kindern und Jugendlichen beschränkt sich nicht auf Kindergärten, Kitas und Schulen, wie die Träger der Häuser zu Recht feststellen. Der Bedeutung der Jugendarbeit wird man mit Reduzierung und Schließungen nicht gerecht; deshalb habe ich dem Bürgermeister mit Zustimmung des HFA vorgeschlagen, nicht, wie im Jugendhilfeausschuss angeboten, einen Brief an den zuständigen Minister zu schreiben, sondern um einen Termin nachzusuchen, um die Bedeutung der Jugendarbeit zu unterstreichen und konkrete Hilfe einzufordern. Übergangsweise könnte, wenn dies nicht gelingt oder die Hilfe erst zu einem späteren Zeitpunkt greift, die Stadt einspringen.

Dass das Paul-Gerhardt-Haus (PGH), eine Familienbildungsstätte, die sich intensiv auch am Integrationsprozess beteiligt, dem Rotstift der kirchlichen Träger zum Opfer fallen soll, ist völlig inakzeptabel. Wo will denn die Kirche ihre gesellschaftliche Verantwortung und die damit verbundenen Chancen wahrnehmen, wenn nicht bei Kindern, Jugendlichen und den Familien? Hier müssen konkrete Lösungen vor Ort erarbeitet werden (z. B. Trägerverein, public private partnership) und die Kirchen dürfen nicht aus der Verantwortung entlassen werden. 500 Jahre Reformation zu feiern, ist eine Sache, aber mit aktuellen Problemen angemessen und nachhaltig umzugehen, eine andere und mindestens ebenso wichtige und vor allem notwendige Aufgabe.

Die Fortschreibung des Entwicklungskonzeptes zur Steuerung des Einzelhandels ist eine andere Baustelle, die noch nicht ganz beendet ist. Positiv ist, dass der Einzelhandelsstandort Glück-Auf-Straße/Schollbrock Straße zur Sicherung der Nahversorgung von Dorf-Hervest wieder in das Einzelhandelsentwicklungskonzept aufgenommen worden ist. Wir stimmen auch der kleinen Lösung an der Seikenkapelle zu (Nahversorgungszentrum mit Beschränkung auf 1500 m² Verkaufsfläche) und wir tragen auch die Aufhebung der Discounterdeckelung auf 1000 m² in Einzelfällen mit. Aber, was die SPD für zwingend notwendig hält, ist eine Lösung der offenen Flanke „Drogerie-Markt Hervest“. Wenn es, nach

mehreren Versuchen, über Jahre nicht gelingt, einen Drogerie-Markt im Harsewinkel zu platzieren, muss eben diese Versorgungslücke durch Ansiedlung auf dem Zechengelände geschlossen werden, nachdem sich „Ihr Platz“ und „Schlecker“ schon vor Jahren vom Acker gemacht haben.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

den städtischen Haushalt belastet auch, dass zum 01.07.2017 der Kreis der Anspruchsberechtigten hinsichtlich des Unterhaltsvorschussgesetzes deutlich erweitert worden ist, ohne dass die zusätzlichen Personalkosten von Bund und Land erstattet werden.

Auch die Landschaftsverbände, wie der LWL, und der Kreis haben noch nicht das Ihrige bzw. alles ihnen Mögliche getan, um die Kommunen in ihrer schwierigen, ja dramatischen Haushaltssituation zu entlasten. Ich habe die SPD-Kreistagsfraktion aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass

1. die Minderung der LWL-Umlage voll an Städte und Gemeinden weitergegeben wird,
2. dass die Aufblähung des Personals drastisch zurückgefahren wird,
3. dass sich der Kreis in vollem Umfang die selben Verpflichtungen auferlegt und nachdrücklich eine Aufgabenkritik betreibt, wie dies in Städten und Gemeinden längst der Fall ist.

Ich habe in diesem Anschreiben auch auf die entsprechende gemeinsame Position der schwarzen und roten Bürgermeister im Kreisgebiet verwiesen. Leider war diese Aktion nicht von Erfolg gekrönt, da es offensichtlich schon vor der SPD-Haushaltsklausur eine gegenteilige Absprache zwischen SPD- und CDU-Kreistagsfraktion gegeben hat.

Fakt ist, dass die Kommunen über Jahrzehnte durch ständig wachsende Aufgaben in die Pflicht genommen wurden, allerdings ohne auskömmliche finanzielle Ausstattung, stattdessen aber an die ganz kurze Leine. Ich wiederhole an dieser Stelle noch einmal, dass die Situation der Kommunen also keineswegs selbstverschuldet ist, wie es inzwischen auch CDU und Verwaltung erkannt haben, und dass nur durch neue Weichenstellungen bei Bund und Land eine grundlegende und nachhaltige positive Entwicklung gewährleistet werden kann. Die konsequente und umfassende Umsetzung des Konnexitätsprinzips durch Bund und Land, eine strukturelle Verbesserung der Finanzausstattung sind dabei unumgängliche Prinzipien:

- Der Bund sollte u.a. die Kosten der Unterkunft für Bedürftige vollständig übernehmen und nicht nur bei der Erstunterbringung von Flüchtlingen und anerkannten Asylbewerbern. Die Duldung muss mindestens von 3 Monaten auf 6 Monate verlängert werden, wie zum Beispiel der Städte und Gemeindebund fordert. Die dauerhafte und volle Übernahme aller Kosten im Bereich Asyl durch den Bund wären eine angemessene Lösung.
- Auch die in diesem Zusammenhang notwendige Integrationsarbeit ist eine gesamtgesellschaftliche (also bundespolitische) Aufgabe, ebenso die Finanzierung zur Umsetzung derselben. Die Integrationspauschale ist vom Land NRW 1:1 weiterzugeben.
- Bei der Erhöhung von Standards im Sozialbereich sind die ausführenden Bundesländer so auszustatten, dass die Mehrkosten für Städte und Gemeinden durch die Bundesländer kompensiert werden können. So muss auch der vorgesehene Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung 1:1 finanziert werden.
- Der Bund muss einen Altschulden-Fonds bilden, um die letzten Endes maßgeblich von ihm verursachten Altlasten abzubauen.
- Bund und Länder sollten das Kooperationsverbot im Bildungsbereich beenden und damit Städten und Gemeinden neue Möglichkeiten zur Verbesserung der Bildungsinfrastruktur eröffnen.
- Die Städte und Gemeinden sind finanziell so auszustatten, dass die Kommunen ihrer Aufgabe der Daseinsvorsorge für alle Bürgerinnen und Bürger wieder in vollem Umfang gerecht werden können.
- Das Land muss den schon bestehenden kommunalen Anteil an den Sozialkosten zugunsten der Städte und Gemeinden grundsätzlich und nachhaltig senken.
- Das Land sollte eine Erhöhung der allgemeinen Investitionsmittel ohne Förderbedingungen vornehmen und auf den Sachverstand auf kommunaler Ebene bauen, statt den Ausbau projektorientierter Förderungen fortzusetzen.
- Das Land sollte in einem ersten Schritt die Pauschalen (Sportpauschale, Schulpauschale) erhöhen und auf weitere Bereiche ausdehnen. Die angekündigte gegenseitige Deckungsfähigkeit der Pauschalen muss umgehend umgesetzt werden.
- Das Land sollte die Haushalte der Umlageverbände denselben Regeln unterwerfen, wie sie die Kommunen zu beachten haben. Einzelmaßnahmen, wie die Aufgabe des

sogenannten Kommunalsoli, sind ohne Kompensation bzw. weitreichende strukturelle Änderungen kontraproduktiv.

Noch ein paar Worte zu den aktuellen Ereignissen auf Bundesebene. Wenn es denn jetzt tatsächlich zur Koalition der schwarz-roten Feuersalamander kommen sollte, wobei die Roten, wie immer, die Kohle aus dem Feuer holen müssten, sollte die SPD die Gunst der Stunde nutzen, um einige wesentliche und finanziell notwendige Korrekturen vorzunehmen. Mit der Einführung bzw. Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie der Erhöhung des Spitzensteuersatzes könnte eine solche Koalition ein deutliches Zeichen der Steuergerechtigkeit setzen und die staatlichen Finanzen wieder aufbessern. Statt Mittelschicht und Familien, wurden in der Vergangenheit Millionäre und Großkonzerne entlastet, mit den rot-grünen Reformen unter Schröder der Staat arm gemacht. Abgesehen davon gilt in Deutschland offenbar: Der Ehrliche ist der Dumme. Die Steuerfahndung wird in ihren Möglichkeiten beschnitten, die Großen lässt man laufen. Konsequente Anwendung der Gesetze sieht anders aus.

Statt Steuersenkungen, wie in Berlin von Schwarz-Gelb favorisiert worden war, sollten vorhandene Mittel dazu genutzt werden, die Kommunen wieder auf die Beine zu bringen; denn Steuersenkungen in Berlin bedeuten letzten Endes Steuererhöhungen in den Kommunen.

Die Einrichtung eines Ausschusses für Kommunalpolitik im Deutschen Bundestag könnte einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, Reibungsverluste im Gesetzgebungsgang und bei der Umsetzung auf den verschiedenen Ebenen zumindest zu vermindern und die Konsequenzen bundespolitischer Gesetzesvorhaben in den Städten und Gemeinden bewusster zu machen; so würde die Interessenlage der kommunalen Ebene auf Dauer sicher besser berücksichtigt.

Bund und Land verfügen im Gegensatz zu den Kommunen über einen enormen Handlungsspielraum und haben Gesetzesinitiativrecht. Damit haben sie aber auch die Verantwortung, das Verfassungsgebot der Herstellung vergleichbarer Lebensverhältnisse und die verfassungsrechtlich begründete Beachtung der kommunalen Selbstverwaltung umzusetzen.

Für alle gilt: Wer nicht beizeiten das Notwendige tut, steht später auf verlorenem Posten oder kürzer: Wer das Notwendige unterlässt, steht nachher vor dem Nichts.

Ich danke den Mitarbeitern der Verwaltung für umfassende Beratung und Informationen, die für die Fraktionen bei der Auseinandersetzung mit dieser komplexen Materie hilfreich und teilweise auch vonnöten waren.

Die SPD-Fraktion stimmt dem vorliegenden Haushalt zu, nicht heißen Herzens, aber im Sinne der Wahrnehmung einer Verantwortung, die leider nicht auf allen politischen Entscheidungsebenen gleichermaßen ausgeprägt ist.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Glück Auf.

Friedhelm Fragemann